

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.229.773

Wien, am 26. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. März 2021 unter der Nr. **6120/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Autolobby schreibt offenen Brief an Kurz wegen Aus für Verbrenner“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Bundesregierung will notwendige Innovationen im Verkehrssektor hin zur umweltfreundlichen Mobilität für alle voranbringen, um Menschen Wahlfreiheit auf ihren Wegen zu ermöglichen. Österreich unterstützt in diesem Sinne einen ausgewogenen Ansatz beim Übergang in Richtung emissionsfreie Mobilität.

Zu den Fragen 1 bis 35:

1. Wann haben Sie als Bundeskanzler den im Bericht genannten Brief erhalten?
2. Wie lautet der konkrete Inhalt des Schreibens der im Bericht genannten Personen?
3. Setzen Sie sich als Bundeskanzler für eine baldiges Verbot von Verbrennungsmotoren ein?
4. Wenn ja, warum?
5. Wenn ja, in welcher Form?

6. *Wenn ja, wann soll aus Ihrer Sicht der Verbrennungsmotor verboten werden?*
7. *Wenn ja, welche Maßnahmen werden Ihrerseits vorgeschlagen, um den Wertverlust der KFZ für die Menschen sozial abzufedern?*
8. *Wenn ja, welche Maßnahmen werden Ihrerseits vorgeschlagen, um die finanziellen Einbußen für die Industrie abzufedern?*
9. *Wenn ja, welche Maßnahmen werden Ihrerseits vorgeschlagen, um drohende Jobverluste durch das Verbot von Verbrennungsmotoren abfedern zu können?*
10. *Wenn nein, warum nicht?*
11. *Werden Sie sich als Bundeskanzler auf nationaler sowie europäischer Ebene dafür einsetzen, dass der Brief der Personen aus der Auto-Branche behandelt und diskutiert wird?*
12. *Wenn ja, in welcher Form?*
13. *Wenn ja, wann?*
14. *Wenn nein, warum nicht?*
15. *Wie beurteilen Sie als Bundeskanzler die Tatsache, dass die Umweltministerin Leonore Gewessler bereits einen Brief an die europäische Union entsandt hat, in dem ein gemeinsames Vorgehen für das Aus von Verbrennern gefordert wurde?*
16. *Wird der Brief, welcher von Umweltministerin Leonore Gewessler an die europäische Union entsandt wurde, von Ihrer Seite unterstützt?*
17. *Wenn ja, warum?*
18. *Wenn ja, in welcher Form?*
19. *Wenn nein, warum nicht?*
20. *Werden Sie als Bundeskanzler das Gespräch mit der Umweltministerin Leonore Gewessler suchen, um über den Fortbestand des Verbrennungsmotors zu beraten?*
21. *Wenn ja, wann?*
22. *Wenn ja, in welcher Form?*
23. *Wenn ja, wie lauten die konkreten Inhalte bzw. Forderungen Ihrerseits?*
24. *Wenn nein, warum nicht?*
25. *Sind Sie als Bundeskanzler mit den im Bericht genannten Personen aus der Auto-Branche in Kontakt, um über die weitere Zukunft des Verbrennungsmotors zu beraten?*
26. *Wenn ja, seit wann?*
27. *Wenn ja, in welcher Form?*
28. *Wenn ja, wie lauten die konkreten Gesprächsinhalte?*
29. *Wenn ja, wer ist an den Gesprächen beteiligt?*
30. *Wenn nein, warum nicht?*

- 31. Gab es in der Vergangenheit Kontakt mit Personen aus der KFZ-Branche, um über die Zukunft des Verbrennungsmotors bzw. über die Zukunft von Kraftfahrzeugen im Allgemeinen zu beraten?*
- 32. Wenn ja, wann?*
- 33. Wenn ja, in welcher Form?*
- 34. Wenn ja, wer war an den Gesprächen beteiligt?*
- 35. Wenn nein, warum nicht?*

Der genannte Brief ist mir bekannt, ich habe zeitnah nach seiner Veröffentlichung im Internet davon Kenntnis erlangt. Der Inhalt des Schreibens ist im Internet öffentlich zugänglich.

Im Rahmen meiner Aufgaben als Regierungschef, insbesondere den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik einschließlich der Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, tausche ich mich selbstverständlich regelmäßig auch mit den anderen Mitgliedern der Bundesregierung aus. Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nach den zitierten Bestimmungen nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Meinungen und Einschätzung sind außerdem kein Gegenstand des Interpellationsrechts.

Sebastian Kurz

